

**MAZ:** POTSDAM - Keine bürokratischen Hürden für bürgerschaftliches Engagement: Ideen wie der Kombi-Bus sollen künftig leichter umzusetzen sein. Das war gestern Tenor in der Enquetekommission „Brandenburg 2020“ des Landtags, die sich mit den künftigen Verwaltungsstrukturen des Landes befasst. „Wir brauchen mehr Flexibilität“, forderte der Abgeordnete Manfred Richter (SPD). Der gemeinsame Transport von Gütern und Personen, wie er in der strukturschwachen Uckermark getestet werden soll, ist rechtlich nämlich nicht ohne Weiteres möglich. Dass das Land die Verwaltung flexibler gestalten muss, machte Manfred Bauer deutlich: Bis 2030 werden in Brandenburg 300 000 Menschen weniger leben als jetzt, referierte er aus dem Demografiebericht der Landesregierung. Noch liege die Geburtenrate mit 1,4 Kindern pro Frau über dem Schnitt der alten Bundesländer (1,35), das reiche aber nicht, um die Überalterung der Gesellschaft zu stoppen, sagte der Leiter der Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei.

Bereits vor fünf Jahren hatte sich ein anderes Landtags-Gremium damit beschäftigt, den Gesetzesdschungel in Brandenburg zu lichten. 15 Empfehlungen wurden seinerzeit an die Regierung übergeben, sagte die damalige Vizevorsitzende des Sonderausschusses für Bürokratieabbau, Margitta Mächtig (Linke), gestern. Diese seien ein „Plädoyer für die Stärkung der kommunalen Ebene“ gewesen. Ein Ergebnis war das Standarderprobungsgesetz, das Kommunen Experimente erlaubt. Ob der Ausschuss tatsächlich einen Wandel bewirkt habe, könne sie aber nicht beurteilen.

Verwaltungswissenschaftlerin Gisela Färber, die als Expertin in der Kommission sitzt, wies darauf hin, dass sich die Politik auch mehr auf junge, qualifizierte Frauen konzentrieren muss, die dem Land oft den Rücken kehren. In der Staatskanzlei findet das Zuspruch: „Wenn wir die Frauen hierbehalten, behalten wir auch die Männer hier“, so Manfred Bauer. (mak)